Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Staatssekretariat für Migration SEM

3003 Bern-Wabern

23. Januar 2017

Vernehmlassung zur Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs) Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 die Vernehmlassung zur Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs) Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015 zugestellt. Wir nehmen wie folgt Stellung:

1. Neue Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich

Kernstück der beschlossenen Asylgesetzrevision ist die Beschleunigung der Asylverfahren, welche mehrheitlich in den vom Bund betriebenen Asylzentren durchgeführt werden sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es unabdingbar, dass der Bund für die Durchführung der Asylverfahren und des Wegweisungsvollzugs über die dafür nötigen Bundeszentren auch tatsächlich verfügt, und die zusätzlich notwendigen Plätze innert nützlicher Frist realisieren kann. Die Vereinfachung und Beschleunigung der Bewilligungsverfahren sind neben anderen Faktoren entscheidend, damit dieses zentrale Element der Asylgesetzrevision umgesetzt werden kann.

Auch im bundesrechtlichen Planbewilligungsverfahren hat die Bevölkerung Gelegenheit Anregungen einzubringen und Einsprache zu erheben. Ein Entscheid des für die Bewilligung zuständigen EJPD kann beim Bundesverwaltungsgericht und in zweiter Instanz beim Bundesgericht angefochten werden.

Insgesamt ist der Ersatz der ordentlichen Baubewilligungsverfahren durch ein neues bundesrechtliches Plangenehmigungsverfahren daher richtig und sorgt dafür, dass die Umsetzung der beschlossenen Asylgesetzrevision nicht mit überaus langwierigen Verfahren verlangsamt und hinausgezögert werden kann.

Die Neuordnung des Plangenehmigungsverfahrens im Asylbereich wird vom Kanton Solothurn in diesem Sinn ausdrücklich begrüsst und unterstützt.

2. Änderungen der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen

2.1. Dauer der Kostenerstattungspflicht für staatenlose Personen

Der Kanton Solothurn begrüsst die vorgesehene Anpassung, wonach staatenlose Personen nach Ablauf von 5 Jahren keinen automatischen Anspruch auf die Erteilung einer Niederlassungsbewilligung haben. Die staatenlosen Personen werden damit den anerkannten Flüchtlingen gleichgestellt. Die Beschränkung der Kostenerstattungspflicht des Bundes für die staatenlosen Personen auf maximal 5 Jahre ist die logische Konsequenz. Personell hat die Neuregelung weder für den Bund noch die Kantone Auswirkungen.

2.2. Dauer der Kostenerstattungspflicht für Flüchtlingsgruppen

Die Verlängerung der Kostenabgeltung für Resettlement-Flüchtlinge wird vom Kanton Solothurn begrüsst. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass im Rahmen der Resettlementprogramme von der Schweiz aktiv Personen aufgenommen werden, welche teilweise in schlechtem gesundheitlichen Zustand sind, und daher oft nur sehr schwer oder gar nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Der Kanton Solothurn hat bisher 2 Gruppen von Resettlement-Flüchtlingen aufgenommen und ebenfalls die Erfahrung gemacht, dass die Unterstützungsbedürftigkeit dieser Flüchtlinge tendenziell eher länger andauert.

Mit der neu vorgeschlagenen Nichtberücksichtigung der Erwerbsquote wird ein richtiger finanzieller Anreiz geschaffen; allerdings wird dieser aus den bereits erwähnten Gründen nur bedingt wirksam sein.

3. Änderung der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung ausländischer Personen

Aufbewahrung und Löschung medizinischer Daten

Gestützt auf die Praxiserfahrung wird die Neuregelung der Aufbewahrung medizinischer Daten vom Kanton Solothurn nicht unterstützt. Medizinische Daten betreffend die Beurteilung der Transportfähigkeit sollten nicht unmittelbar nach dem Vollzug der Weg- oder Ausweisung gelöscht, sondern für eine angemessene Zeit noch aufbewahrt werden. Es ist bekannt, dass etliche Personen – insbesondere auch aus dem Bereich der Dublinverfahren – nach erfolgter Wegweisung erneut und teilweise mehrfach wieder in die Schweiz einreisen. Bei gleichbleibenden Verhältnissen würde die sofortige Löschung der Daten dazu führen, dass mit den entsprechenden Kosten neue medizinische Abklärungen getroffen werden müssen, und damit auch der neue Wegweisungsvollzug verzögert werden kann. Wir schlagen daher vor, dass die medizinischen Daten in Anlehnung an Art. 111c Asylgesetz während maximal 5 Jahren nach Eintritt der Rechtskraft des Wegweisungsentscheids aufbewahrt werden können.

Wir bitten Sie, unsere Überlegungen in der weiteren Behandlung des Geschäfts zu berücksichtigen und stehen für allfällige Fragen jederzeit zur Verfügung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Dr. Remo Ankli
Landammann

sig. Andreas Eng
Staatsschreiber